GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

"Das Private ist politisch": Die politische Theorie und das Öffentliche und das Private

Riescher, Gisela

2003

https://doi.org/10.25595/4113

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Riescher, Gisela: *"Das Private ist politisch": Die politische Theorie und das Öffentliche und das Private*, in: Freiburger FrauenStudien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauenforschung, Jg. 9 (2003) Nr: 2, 59–77. DOI: https://doi.org/10.25595/4113.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Gisela Riescher

„Das Private ist politisch“: Die politische Theorie und das Öffentliche und das Private

1968 kam es im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der als Vertreter der Studentenbewegung den Abbau aller autoritären Strukturen, vor allem aber eine liberale Einstellung zur Sexualität und antiautoritäre Erziehung forderte, zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Geschlechtern, die zu Austritten von Studentinnen und zu feministischen Neuorientierungen z.B. im „Aktionsrat zur Befreiung der Frau“ führten.

Den SDS-Studentinnen – so schreibt Rosemarie Nave-Herz als Beobachterin der Berliner 68er – war nicht verborgen geblieben, dass ihre Kommilitonen von Staat und Gesellschaft antiautoritäre Verhaltensmuster einforderten, sich selbst aber nach innen keineswegs antiautoritär verhielten[1]. Die weiblichen SDS-Mitglieder kamen auf öffentlichen Veranstaltungen kaum zu Wort, sie tippten die Flugblätter, kochten den Kaffee und betreuten die Kinder, während die Kommilitonen die privaten und öffentlichen Diskussionen anführten und als Demonstrationsführer oder wortgewaltige Versammlungsredner auftraten.

In diesen Tagen – ohne es exakt datieren und persönlich zuschreiben zu können – entstand mein Titelzitat „Das Private ist politisch!“. Denn die SDSlerinnen legten auf der folgenden bundesweiten SDS-Konferenz in Hannover eine Resolution vor, in der sie ihren Kommilitonen bourgeoises, an Ausbeutung grenzendes Führerverhalten vorwarfen, und sie forderten für sich und alle Frauen, auch die Unterdrückung im Privatleben nicht ausschließlich als Privatsache zu begreifen, sondern als durch politisch-ökonomische Strukturen bedingt. Es gelte, die bürgerliche Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben aufzuheben, das Privatleben qualitativ zu verändern und die Veränderung als politische Aktion, als kulturrevolutionären Akt, und als Teil des Klassenkampfes zu verstehen.

Die Entstehungsgeschichte steht für sich, der Slogan hat sich längst verselbstständigt, wurde zu einer Forderung der Zweiten Frauenbewegung, kam aus der sozialen Bewegung in die Politik und aus der Politik als Reflexionsba-

sis in die Politikwissenschaft. Hier ist er nicht nur den Kontroversen empirisch-analytischer Teilbereiche unseres Faches zugänglich, sondern er trifft mitten ins Herz der politischen Theorie. Er prallt hier auf eine über 2000-jährige ideengeschichtliche Debatte, die für sich relativ klar definiert, was das Politische und das Private sei, wie das anthropologisch zu begründen sei und welche staatstheoretischen Konsequenzen daraus erwachsen.

Damit rückt mein Untertitel ins Blickfeld: „Die politische Theorie und das Öffentliche und das Private." Denn als Politikwissenschaftlerin, die in Freiburg die Bereiche Politische Theorie und Ideengeschichte vertritt, möchte ich den politisch-theoretischen Diskurs um das Öffentliche und das Private in den Mittelpunkt meines Aufsatzes stellen. Gleichwohl werde ich in einem ersten Teil einen Überblick über die feministische politische Theorie geben und den Stellenwert von *Gender Studies* in der Politikwissenschaft herausarbeiten.

Den Slogan „Das Private ist politisch" werde ich im zweiten Teil des Aufsatzes aus den einleitenden Vorbemerkungen wieder aufnehmen.

1. Die Politikwissenschaft und die feministische Theorie

Galt bis in die frühen 90er Jahre die Politikwissenschaft als jenes Fach, dem man in den Sozialwissenschaften die geringste Berücksichtigung feministischer Ansätze zuschrieb, so haben sich im letzten Jahrzehnt die Gewichte deutlich zu ihren Gunsten verschoben. Zwar gilt immer noch, wie Ebbecke-Nohlen und Nohlen im Lexikon der Politik betonen, dass die Politikwissenschaft als handlungsorientierte Wissenschaft auf Akteure und Akteursstrukturen blickt – und das sind in der Politik nach wie vor überwiegend Männer und von Männern geprägte Strukturen und Institutionen.[2] Doch spätestens seit der Gründung des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht" auf dem Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft in Hannover 1991 ist das Thema auf allen Kongressen präsent und es sind eine Reihe von maßgeblichen Untersuchungen entstanden, die die Kategorie ‚Gender' zum Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung machen.[3] Besonders hervorzuheben ist das aus dem genannten Arbeitskreis hervorgegangene Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift 28/97*, herausgegeben von Eva Kreisky und Birgit Sauer. Hier werden äußerst facettenreich die „Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation" analysiert und zugleich der Forschungsstand eindrucksvoll dokumentiert.

Die frühere und damit richtungweisende US-amerikanische Forschung von Carol Gilligan, Seyla Benhabib, Anne Phillips, Judith Butler oder der französischen Differenztheoretikerin Luce Irigaray werden im Kontext neuer *Gender*-Konzepte, praxisbezogener Policy-Analysen, staatstheoretischer oder international ausgerichteter Arbeiten kritisch-fundierten Reflexionen unterzogen:[4]

Wir wissen heute um die Gefahr, das ‚Weibliche‘ von ‚männlichen‘ Parametern her zu denken (Irigaray),[5] um die Differenzen im männlich-weiblichen Gerechtigkeitsdiskurs (ausgelöst durch Carol Gilligans Untersuchungen zur weiblichen Moral), um die politisch notwendigen Differenzierungen, wenn wir in der Politischen Theorie von Gleichheit und/oder Differenz sprechen,[6] um feministische Positionen zum Staat und zur Staatstheorie[7] oder um „Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat“.[8]

Ergänzen wir diese Analysen um empirische Studien, so haben wir heute fundierte Angaben über das Wahlverhalten von Frauen vorliegen,[9] über die „Lebensplanung junger Frauen“,[10] oder aus biografischen Untersuchungen über die Mehrfachorientierung der Politikerinnen.[11] Diese Angaben aus der Literatur sollen lediglich deutlich machen, dass in den letzten Jahren in der Politikwissenschaft ebenso wie in den angrenzenden Sozialwissenschaften eine höchst erfreuliche Bandbreite von z.T. sehr fundierten Untersuchungen zu den Themen ‚Frauen und Politik‘, ‚*Gender Studies* und Politikwissenschaft‘ entstanden ist.

Gleichwohl wissen wir immer noch nicht so genau – und diese Frage ist zwischen politischer Theorie und politischer Praxis angesiedelt – was die Mehrheit der Frauen unter Politik versteht und welche Politikbegriffe ihr politisches Denken und Handeln prägen. Dies ist jedoch m.E. eine entscheidende Frage, wenn wir klären wollen und erklären möchten, warum sich Frauen wesentlich weniger als Männer politisch beteiligen und dem Politischen weniger interessiert gegenüberstehen.[12] Natürlich spielen für diese Entscheidung biografische Kontexte eine wichtige Rolle,[13] ebenso wie die verfestigten Strukturen männlicher Politik. Doch bedeutender noch, weil der Praxis, dem Handeln, bzw. dem Nichthandeln und mithin der politischen Passivität vorgelagert, scheinen mir unterschiedliche Politikbegriffe im Geschlechterkontext zu sein:

So zeigen Molitor und Neu in ihrem 1998 veröffentlichten Artikel in der *Zeitschrift für Parlamentsfragen* signifikante Unterschiede in der Kompetenzzuschreibung politischer Parteien, der Zufriedenheit mit der Demokratie und in der Einschätzung der Gerechtigkeit des Gesellschaftssystems auf. Die Ergebnisse dieser in den alten Bundesländern durchgeführten Umfrage zeigen, dass Frauen den Problemlösungsfähigkeiten der Parteien, jenen Institutionen, die in der Funktionslogik unseres politischen Systems die maßgebliche Rolle einnehmen, reserviert gegenüber stehen:

- 22% der Frauen (bei den Männern sind es nur 12%) glauben nicht, dass die Parteien Arbeitsplätze sichern oder schaffen können;
- 16% der Männer, aber nur 11% der Frauen sind sehr zufrieden mit den demokratischen Implikationen unseres politischen Systems;
- und nur 10% der Frauen finden unser Gesellschaftssystem „eher gerecht”, während hier 23% der Männer positiv zustimmen.

Diese Zahlen korrelieren mit dem Interesse an Politik überhaupt: Nur 23% der Frauen, aber 46% der Männer betonen ihr sehr starkes Interesse an der Politik.[14]

Was ist das für eine Politik, der fast 75% der Frauen relativ uninteressiert gegenüberstehen, und die doch fast alle ihre Lebensbereiche regelt?[15] Ist das Öffentliche für Frauen unpolitisch? Warum weisen Frauen – wie Molitor und Neu betonen – eine größere Distanz zum politischen System auf?

Natürlich kann es keine einfachen Erklärungen geben. Aber ein wichtiger Mosaikstein im Erklärungskontext sind die Begriffe des Politischen und die Einstellungen und Werte, die mit diesen Begriffen verbunden sind. In der über zweitausendjährigen abendländischen Tradition politischen Denkens haben sich (und dies liegt in der Logik der Sache) ‚männliche' Bedeutungsmuster herausgebildet und weiterentwickelt, die mit weiblichen Lebens- und Verhaltensformen und mithin – wenn wir einen weiten, und damit einen eher ‚weiblichen' Politikbegriff zugrundelegen – mit einem ‚weiblichen' Politikverständnis weniger deckungsgleich sind. Ich möchte hier nur zwei Beispiele anfügen:

1. Die ‚Demokratietheorie' Giovanni Sartoris aus dem Jahre 1987 ist eine der letzten großen und umfassenden Demokratietheorien, die die aktuelle mit der klassischen Diskussion verbindet und besonderen Wert auf die Begriffe legt.[16] Diese große Demokratietheorie erwähnt keine weibliche, geschweige denn eine feministische Position zur Demokratie. Nicht nur hier ist der Kanon der aufgeführten Theoretiker seit der griechischen Antike ausschließlich männlich.

2. Hannah Arendt ist eine der wenigen politischen Theoretikerinnen des 20. Jahrhunderts, die den Sprung in die ‚Klassiker' geschafft hat.[17] Obgleich Hannah Arendt der Aspekt ‚Gender' absolut fremd war, definiert sie den Begriff ‚Macht' in einer bislang für die Politikwissenschaft außergewöhnlichen Weise. Macht ist für sie nicht im Max Weberschen Sinn „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen",[18] sondern ein pluralistischer Begriff. Sie kommt nie einem Einzelnen zu, denn sie entsteht erst „zwischen Menschen, wenn sie zusammen handeln, und sie entschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen."[19] Macht in dieser Form, als gemeinsames Handeln und Sprechen seiner Mitglieder, hält einen politischen Körper zusammen. Machtlosigkeit, also Ohnmacht, die dann entsteht, wenn sich niemand mehr um das Gemeinwesen kümmert, sich verantwortlich fühlt, führt zum Scheitern des Politischen.

Diese beiden ausgewählten Beispiele mögen die Relevanz der *Gender*-Perspektive für die Politikwissenschaft verdeutlichen und zeigen, dass wir immer noch zu wenig über weibliche Vorstellungen von Politik und ihre Politikbegriffe wissen und dass dieses Wissen Erklärungsmuster für weibliches Verhalten in der Politik und damit die Basis für Verhaltensänderungen sein könnte. Von den empirisch-sozialwissenschaftlichen Teilbereichen unseres Faches brauchen

wir dafür die Umfragetechniken und die Daten, von der Politischen Theorie, präziser formuliert von der feministischen politischen Theorie, brauchen wir politikwissenschaftliche Erklärungsansätze.

Die Anfänge sind gemacht: Die feministische politische Theorie – wie Beate Rössler schreibt – hat systematisch die traditionellen Themen der Politischen Theorie ins Zentrum gerückt: Gerechtigkeit, Staat, Gleichheit, Freiheit, Demokratie, Öffentlichkeit und Privatheit. Die feministische Perspektive sorgt dabei für eine grundsätzlich andere Herangehensweise und Theoriebildung, da der Ausgangspunkt immer die Frage nach dem Verhältnis der Geschlechter und die Kritik geschlechtshierarchischer Strukturen ist.[20] Diese Orientierung an den Topoi der Politikwissenschaft ist nicht unumstritten, denn sie engt den Politikbegriff – so argumentieren die Kritikerinnen – auf die patriarchalen Strukturen der politischen Theorie ein und vollzieht die traditionelle Grenzziehung zwischen politischer und nicht-politischer Sphäre nach. Gefordert sei vielmehr ein weites Politikverständnis, etwa in dem Sinne, dass jede feministische Theorie auf das Politische ziele und somit Politische Theorie sei.[21] Es kommt darauf an, die oben genannten Topoi der ‚klassischen‘ politischen Theorie nach dem Verhältnis der Geschlechter zu analysieren, dabei die Lebenssituationen von Frauen in historischen und aktuellen Gesellschaften zu berücksichtigen und normativ ein Konzept zu entwickeln, das annäherungsweise die Frage klärt, wie politische Systeme konzipiert sein müssen, die nicht diskriminierend wirken und nicht geschlechtshierarchisch aufgebaut sind.

Als zentrale Themen der feministischen Theoriebildung in der Politikwissenschaft sehe ich die Fragen nach Gleichheit und Differenz, nach Gerechtigkeit in der Dichotomie von Chancengleichheit und Ergebnisgleichheit, nach Demokratie und Öffentlichkeit, der Sicherung substanziell gleicher Freiheiten für beide Geschlechter und die Neubeschreibung dessen, was privat und öffentlich ist.

Der Verlauf der Theoriebildung folgt in etwa jenem Muster, das Andrea Maihofer für die Debatte um Gleichheit oder Differenz entwickelt hat:[22]

Die erste Phase orientiert sich an den klassischen Texten der *Mainstream*-Politikwissenschaft. Maßstab dabei ist das ‚männliche‘ Denken, wie es die Klassiker in Forschung und Lehre vorgegeben haben: Von der antiken Politischen Theorie über die mittelalterliche Lehrmeinung bis zu den Vertragstheoretikern der Frühen Neuzeit und den Theorien der sozialen Gerechtigkeit im 20. Jahrhundert.

In einer zweiten Phase steht die Distanz zum klassisch ‚männlichen‘ Paradigma im Mittelpunkt; es geht nicht mehr vorrangig darum, dass Frauen z.B. gleiche Rechte zukommen sollen, sondern dass Frauen anders behandelt werden sollen, dass sie andere Rechte brauchen, um ihre eigene Identität zu entwickeln und sich frei entfalten zu können. Nicht Gleichheit, sondern Differenz ist das Thema.

Mit der dritten Phase beginnen die innerfeministischen Diskurse. Sie versuchen zwischen den Extrempositionen der ersten und der zweiten Phase zu vermitteln. Dabei rücken neben der Geschlechterdifferenz die Unterschiede zwischen den Frauen in den Mittelpunkt. Wer ist eigentlich mit ‚den' Frauen gemeint? Frauen existieren seit jeher im Plural, es gelte ihre klassenspezifischen und kulturellen Situierungen und ihre verschiedenen Lebensweisen zu beachten und ihnen als Individuen im feministischen politischen Diskurs gerecht zu werden.

Wenn in der aktuellen Diskussion das Subjekt wieder in den Mittelpunkt tritt,[23] so muss aber immer mitgedacht werden, dass es jenseits oder vor jeder subjektiven Bestimmung gemeinsame Erfahrungen und kollektive Diskriminierungen gibt, die Frauen als Frauen und somit als Kollektivsubjekt treffen und betreffen. Das ist gerade für die Verortung der feministischen Theorie in der Politikwissenschaft wichtig, denn zu politisch relevanten Akteurinnen werden Frauen nicht als Einzelsubjekte, sondern als politisch relevante Gruppen.

Ich möchte damit den Überblick über die Themen und die Phasen von *Gender*-Forschung in der Politikwissenschaft abschließen und den Titel des Beitrages wieder in den Mittelpunkt stellen.

2. Die politische Theorie und das Öffentliche und Private

In dem Slogan „Das Private ist politisch!" werden zwei Sphären miteinander verbunden: das Öffentliche als das Politische einerseits und der Raum des Privaten auf der anderen Seite. Diese zwei Sphären spielen seit jeher eine fundamentale Rolle für das politische Denken und die politische Praxis, allerdings getrennt voneinander: Der Raum des Öffentlichen ist der Raum, in dem man in der Welt in Erscheinung tritt, in dem man über die öffentlichen Angelegenheiten verhandelt und entscheidet, es ist der Raum der politischen Praxis. Die Sphäre des Öffentlichen ist seit der aristotelischen Politik der Raum der Bürger, derjenigen, die sich politisch betätigen können und dürfen, weil sie frei sind; frei von ökonomischen Notwendigkeiten und Zwängen; frei für das politische Leben, das sie mit anderen Bürgern als Gleiche unter Gleichen teilen. Der Raum des Öffentlichen ist also ein Raum, in dem keine autoritären Untertanenstrukturen vorherrschen, sondern Bürger als Gleiche unter Gleichen über das Politische entscheiden.

Aristoteles beschreibt einen Bürgerzustand, der in der Ausformung der Polis, des griechischen Stadtstaats, bis in die Gegenwart als Idealform demokratischer staatsbürgerlicher Politik gilt. Ihm liegt ein Politikbegriff zugrunde, der alle Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse umfasst. Der Pferdefuß dabei ist die Geschlechterdichotomie; denn immer, wenn vom Bürger, vom

Freien und vom Gleichen die Rede ist, ist der Mann gemeint und die Frau ausgeschlossen.[24]

Sie ist zusammen mit Kindern und Sklaven dem *Oikos*, dem Raum des Privaten und des Wirtschaftens zugesprochen, jener Sphäre, in der die Reproduktion des Lebens stattfindet, die nicht frei sein kann, weil sie der Lebensnotwendigkeit geschuldet ist. Hier herrschen autoritäre, patriarchalische Strukturen vor; „das Männliche ist von Natur zur Leitung mehr geeignet als das Weibliche“,[25] denn so wie es in der Seele den vernunftbegabten und den vernunftlosen Teil gebe, gebe es in der Natur das Herrschende und das Dienende. Darum herrsche das Männliche über das Weibliche und der Erwachsene über das Kind, denn das Weibliche besitze das planende Vermögen zwar, aber ohne Entscheidungskraft, das Kind besitze es, aber noch unvollkommen.

Ich habe hier Aristoteles zitiert um zu verdeutlichen, dass es nicht zuletzt diese Traditionslinie der Politik und des politischen Denkens ist, gegen die Frauen im 20. Jahrhundert den Slogan „Das Private ist politisch“ setzten. Es sind die Mauern dieses *Oikos*, die mit der wortgewaltigen und ideenstiftenden Aristotelesrezeption über das lateinische Mittelalter in die Theorien der Gewaltenteilung und die Praxis der ersten Demokratiegründungen hineinwirken. Die Wirkung von Aristoteles Hauptwerken, der Ethik und der Politik, ist kaum zu überschätzen: Mit Thomas von Aquin wurden sie fester Bestandteil des christlichen Denkens und gehörten bis ins 18. Jahrhundert zum Unterrichtskanon der philosophischen Fakultäten. Sie lieferten in der neuzeitlichen politischen Theorie den Gegendiskurs zur absolutistischen Staatslehre von Bodin und Hobbes. Im 20. Jahrhundert ist es die Neubegründung der Demokratie in Europa nach den totalitären Herrschaftsformen von Faschismus und Nationalsozialismus, die die Verbindung von Politik und aristotelischer Ethik wieder herstellt. Vor allem die politische Theorie Hannah Arendts denkt die Beteiligungsformen der Bürger unter den Bedingungen der Industriegesellschaft und der modernen Demokratie neu. Und jede Epoche hat nach ihren eigenen Notwendigkeiten noch neue Steine in diese bildlichen Mauern des *Oikos* gesetzt, die den Raum des Öffentlichen, des politischen Lebens, vom Privaten trennten, in dem sich die Frauen befanden.

In der politischen Theorie der frühen Neuzeit sind es zwei Stränge, die jene Strukturen schaffen, welche schließlich die radikalfeministischen Positionen in der Mitte des 20. Jahrhunderts provozieren sollten: Es sind die Eigentumsproblematik und die Ideen des politischen Liberalismus, Schutzräume zu definieren, deren Grenzen frei von politischem Einfluss sein sollten. Das Stichwort heißt ‚Nachtwächterstaat‘[26]. Mit der ausschließlichen Bindung politischer Rechte an das Eigentum werden die im 17. und 18. Jahrhundert laut werdenden Forderungen nach dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht zurückgewiesen.

Die Diskurse gegen das Frauenwahlrecht begründen ihre Position mit der Eigentumsfrage; sie betrachten die Frau als Eigentum des Mannes. Sie verwei-

sen auf die Ungebildetheit von Frauen und vermuten ein Desinteresse für die Politik. Und man wirft Frauen vor, sie leisteten nicht genug für das Vaterland, weil die Männer es seien, die das Vaterland mit der Waffe verteidigten. Bebel weist diesen Vorwurf mit einem Argument zurück, das sich auf die klassische Opferrolle der Frau stützt:

> „Eine Frau, die Kinder gebiert, leistet dem Gemeinwesen mindestens den selben Dienst wie ein Mann, der gegen einen eroberungssüchtigen Feind Land und Herd mit seinem Leben verteidigt. Die Zahl der Frauen, die infolge von Geburten sterben oder siechen, ist weit größer als die Zahl der Männer, die auf dem Schlachtfeld fallen oder verwundet werden.“[27]

Bis 1920/22 hat sich die politische Gleichheit in den europäischen Ländern durchgesetzt, wobei die Zeitdifferenz zwischen der Einführung des Männerwahlrechts und des Wahlrechts für Frauen in den meisten Staaten 30 bis 40 Jahre betrug.[28]

In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als unser Titelslogan entstand, waren jene Frauen, die ihn formulierten, also formal politisch gleichberechtigt. Handelt es sich dann mit dieser Forderung nicht um eine private Problematik, die SDS-Frauen besser mit ihren SDS-Männern geregelt hätten? Nein, denn hier wird die zweite wirkungsmächtige Idee des politischen Liberalismus deutlich, die ich oben etwas vorwissenschaftlich mit dem Begriff ‚Nachtwächterstaat‘ angedeutet habe.

Diesen komplexen, bis in die Bereiche der Rechtsstaatlichkeit und der Ökonomie reichenden Ansatz beschreibt Michael Walzer mit dem Bild der Mauer: Liberalismus heißt Mauern bauen. Diese Mauern grenzen die verschiedenen Sphären des Privaten und der Gesellschaft voneinander, aber auch und vor allem vom Staat ab: Diese abgegrenzten Bereiche bilden Freiräume, die durch ihre Ummauerung dem Einblick, dem Einfluss und vor allem den Eingriffen der staatlichen Macht entzogen sind. Der Staat schützt diese Freiräume (z.B. Religion, Familie, Kunst, Kultur und Bereiche der Wirtschaft) durch seine Gesetze, ohne aber über Eingriffsrechte oder Gestaltungsrechte zu verfügen.[29] Wie alt diese liberalistischen Ideale sind, zeigt ein Blick auf John Lockes Abhandlungen über die Regierung, die dem Staat den Schutz des Eigentums zumisst; wie jung sie ist – und dass sie heute noch liberale Parteien fast zerreißt – zeigte vor wenigen Jahren die Diskussion um den so genannten Großen Lauschangriff, also die Möglichkeit, zur Bekämpfung organisierter Kriminalität auch Privatwohnungen abzuhören. Für den freiheitlich-liberalen Flügel der FDP – im Gegensatz zum wirtschaftsliberalen – ging es damals substanziell um die Frage, ob um eines vermeintlich kriminalistischen Erfolges wegen der Schutz der Privatsphäre, des Hauses, des Wohnraumes verletzt werden dürfe

(Art. 13. GG „Unverletzlichkeit der Wohnung“) und damit um die klassische Frage, ob die Mauer zur Privatsphäre für den Staat geöffnet werden dürfe.

Obgleich sozial- und wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen im 20. Jahrhundert das liberale Konzept der Mauer etwas ins Wanken gebracht haben, stehen nach wie vor wirkungsmächtige liberal-bürgerlich-freiheitliche politische Ideen und Werteebenen zur Disposition, wenn Feministinnen fordern: „Das Private ist politisch“. Sie greifen damit die Trennlinie zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten an und fordern eine Neubestimmung des Verhältnisses. Diese Forderung kam – wie eingangs gezeigt – nicht aus der Politikwissenschaft, auch nicht aus der feministischen politischen Theorie, sie kam aus der feministischen Bewegung. Und ähnlich wie das von den SDS-Frauen formuliert wurde, kam die Kritik aus der Women‘s Liberation- Bewegung der USA.

Anne Phillips schreibt dazu:

> „Das Politische, auf das die Frauen hiermit Anspruch erhoben, war nicht die Welt der Wahlen, Regierungen oder Staatstheorien. Politik stand für alle Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen (damals hieß das ‚Verhältnisse‘), die bekämpft werden mussten. In dem sie das Persönliche als politisch beschrieben, bezogen sie Stellung gegen jene Kampfgenossen, die sich über ihre trivialen Belange lustig machten [...] Andere Feministinnen [...] gebrauchten den Satz ‚das Persönliche ist politisch‘ in einem nüchternen Sinne, da ihnen daran gelegen war, das Verhältnis zwischen beiden Sphären zum Ausdruck zu bringen, statt deren Identität zu behaupten“.[30]

Inzwischen ist die Kritik an der Trennlinie zwischen privatem und öffentlichem Bereich von der feministischen Bewegung ins Zentrum der feministischen Theorie gerückt. Jean Elshtain mit ihrem fast schon als Klassiker zu bezeichnenden Werk: *Public Man, Private Woman* von 1981 und Joan Landes’ *Feminism – the Public and the Private* – ein Sammelband von 1998 – stellen prominente Eckpunkte der Debatte dar. Und Carole Pateman formulierte 1989, dass die Dichotomie

> „between the private and the public is central to almost two centuries of feminist writing and political struggle; it is ultimately what the feminist movement is about“.[31]

Wenn Carole Pateman von zwei Jahrhunderten spricht, bezieht sie natürlich die Wahlrechtsbewegung und die Forderungen nach politischer, bürgerlicher Gleichheit mit ein.

Die Forderung für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts dagegen heißt: Enttabuisierung und Abbau der hierarchisch gestalteten privaten Strukturen, denn ihre Privatheit ist gesellschaftlich-ökonomisch und politisch bedingt und dient der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Den Frauen wird damit

die gesellschaftlich irrelevante, weil nicht bezahlte Reproduktionsarbeit – die Betreuung von Familie und Kindern – zugewiesen, während sie nach wie vor – faktisch – aus dem öffentlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben weitgehend ausgeschlossen sind. Obgleich sich im Zeichen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates des 20. Jahrhunderts der staatliche Regelungsbereich verändert hat und Vor- und Fürsorgeregelungen, arbeitsrechtliche Regelungen und Ehe- und Scheidungsrecht bis weit in die Privatsphäre von Ehe und Familie hinein eingreifen, bleiben – so die Kritikerinnen – die hierarchischen Strukturen unverletzt.

Wenn ich im ersten Teil bei der Darstellung feministischer Theorie in der Politikwissenschaft auf Phasen oder Runden verwiesen habe, in denen die feministischen Debatten verlaufen, dann könnte man diese Phase der grundsätzlichen Kritik als erste Phase bezeichnen. Es ist die Forderung nach mehr bzw. einer anderen Öffentlichkeit für die Privatsphäre; es ist die Forderung nach Demokratisierung der Privatsphäre.

Die zweite Phase der Debatte fordert dagegen eine qualitativ andere Form des Privaten. Es geht um die Durchsetzung gleicher privater Freiheitsräume für Männer und Frauen. Jean Cohen verwendet dafür den Begriff der „Neubeschreibung“ des Privaten.[32] Frauen sind – so Cohen – um autonom und selbstbestimmt leben zu können, in vergleichbarer Weise wie Männer auf den staatlichen Schutz der Privatsphäre angewiesen. Privatheit ist bei Cohen – ganz im Gegensatz zum Konzept des *Oikos* – nicht ausschließlich familiär und ökonomisch strukturiert gedacht. Cohen definiert vier zentrale Aspekte von Privatheit: die Möglichkeit zu autonomen Entscheidungen, die körperliche Privatheit, die den eigenen Körper als Privatsphäre schützt, die Privatheit der Wohnung und der Schutz privater Beziehungen.[33]

Anne Phillips fasst die Diskussionsergebnisse der zweiten Phase schlicht, aber prägnant zusammen:

> „Aus vielerlei Gründen meine ich also, dass wir *tatsächlich* eine Unterscheidung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten brauchen, und anstatt sie aufzugeben, sollten wir ihr lieber den geschlechtsspezifischen Charakter nehmen.“[34]

Diese feministische Theorie von Privatheit hält damit – um das oben eingeführte Bild noch einmal aufzunehmen – die liberale Ummauerung aufrecht, fordert aber in dieser geschützten Sphäre gleiche oder vergleichbare Privatheiten für beide Geschlechter.

Die dritte und vorläufig letzte Position im feministischen Diskurs um das Öffentliche und das Private stellt das Öffentliche im Sinne des Politischen in den Mittelpunkt. Ich möchte dabei nicht die Zahlen der parlamentarischen Unterrepräsentation[35] wiederholen, und ich referiere nicht die Young-Phillips-

Kontroverse der Gruppenrepräsentation[36] – also ob Frauen Frauen als Frauen vertreten können.

Interessanter für unsere Reflexionen um das Öffentliche und das Private scheinen mir Theorieansätze zu sein, die das Öffentliche bzw. das Politische neu zu beschreiben versuchen. Seyla Benhabib zeigt in einem soeben erschienen Artikel über Hannah Arendt, wie das Öffentliche und die private Sphäre sich verändert haben:

> „In den westlichen Demokratien ist die öffentliche Sphäre unter dem Einfluss der Unternehmenskonzentration der Massenmedien und des Wachstums von professionell organisierten politischen Gruppierungen stark geschrumpft. Der autonome Bürger, dessen vernünftiges Urteil und dessen Beteiligung zu den Grundvoraussetzungen der Öffentlichkeit gehört, ist zum Konsumenten von abgepackten Informationen und Botschaften geworden oder zum E-Mail-Adressaten von großen Lobbys und Assoziationen.“[37]

Diese Verarmung des öffentlichen Lebens geht einher – so Seyla Benhabib weiter – mit einer Wandlung des Privaten.

> „Wohlfahrtsstaaten sind dadurch charakterisiert, dass die ‚Reproduktion‘ in ihnen öffentlich geworden ist: Anliegen wie das Erziehen von Kindern, die Krankenpflege, die Sorge für Junge und Ältere, die Freiheit Kinder zu haben, Gewalt in der Familie sind öffentlich geworden. Die Sphäre des Öffentlichen hat sich damit erweitert, ohne aber zugleich, was von der feministischen Bewegung mit der Forderung ‚das Private ist politisch‘ intendiert war, demokratischer zu werden. Sie wurde bürokratischer und entzieht sich damit in weiten Bereichen den Formen demokratischer Beteiligung.“[38]

Sie fordert deshalb eine „Rückgewinnung des Politischen“ aus der Bürokratie.

Barbara Holland-Cunz plädiert nach einer ähnlichen Diagnose dafür, „Demokratie als Lebensform“ zu sehen, eine Lebensform, in der das Private und das Öffentliche sich durchdringen können. Im Privaten müssen demokratische Grundregeln gelten und der politische Raum als ein immens partizipatorischer konzipiert werden; er wird durch Übergänge aus dem Privaten belebt. Holland-Cunz greift dabei auf frühe repräsentationstheoretische Arbeiten von Carole Pateman zurück, argumentiert mit Habermas’ kommunikativer Öffentlichkeit und Michael Walzers Zivilgesellschaft.[39]

Beide Positionen, Habermas’ kommunikative Öffentlichkeit und vielleicht mehr noch die kommunitaristischen Positionen eines Michael Walzer bieten Anschlusspunkte für eine feministische Theorie der Politik: Die Kommunitaristen plädieren für eine Verbindung von privater Sphäre und Öffentlichkeit. Sie greifen die Idee der Civil Society, der Bürgergesellschaft auf, die Habermas als Idealform seiner deliberativen Öffentlichkeit sieht.[40] Die Bürgergesellschaft

verbindet, ideal gesehen, die verschiedenen menschlichen Handlungsräume miteinander durch Netzwerke. Politische, genossenschaftliche, gewerkschaftliche, universitäre, literarische, religiöse, freizeitliche, freundschaftliche und nachbarschaftliche Gruppierungen greifen ineinander über, grenzen Privatsphäre, Arbeitsmarkt und Politik nicht hermetisch gegeneinander ab, sondern öffnen sie füreinander. Es entsteht, so Walzer, „ein Handlungsraum von Handlungsräumen", der die Zwischenräume zwischen den Bereichen des Privaten und des Öffentlichen füllt, indem sich osmotisch Beziehungen und Durchgänge zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen vollziehen. Vorpolitische Aktivitäten und Diskussionen verbinden sich mit weiterreichenden Problemlösungsvorschlägen und politischen Entscheidungsvorbereitungen. Denn die Grenzziehung zwischen dem, was öffentlich und was privat ist, ist nicht auf Dauer definitorisch festzulegen. Darüber muss immer wieder neu öffentlich diskutiert werden. Ebenso wie Menschen Ansprüche aus der einen Sphäre in die andere mitbringen, ist es eine Illusion zu glauben, man könne als Mensch nur in einem der Handlungsräume leben.

> „Hier wird uns ein Bild von Menschen präsentiert, die sich freiwillig vereinigen und untereinander kommunizieren, die allerlei Gruppen bilden und umbilden, nicht um irgendeiner besonderen Gestaltung [...] halber, sondern um der Geselligkeit selbst willen. Denn wir sind von Natur aus soziale Wesen, bevor wir politische oder ökonomische sind".[41]

Für mich ist das ein hoffnungsvolles Plädoyer: Sphären hinreichend zu trennen, aber osmotische Durchgänge zu öffnen, so dass der Slogan „das Private ist politisch" seine Berechtigung und seinen Erfolg in der Zeit – also den sechziger und siebziger Jahren – hat, und von ihm ausgehend unter feministischer Perspektive und in demokratietheoretischer Hinsicht viel erreicht wurde.

Heute kommt es mehr denn je darauf an, das Erreichte zu erhalten und sich wieder mehr dem Öffentlichen zuzuwenden. Denn demokratische Politik ist darauf angewiesen, Bürgerinnen und Bürger zu haben, die wenigstens manchmal Interessen verfolgen, die über ihre eigenen hinausgehen.[42]

Wenn dem Slogan der sechziger Jahre „Das Private ist politisch" heute der Slogan von Barbara Holland-Cunz,[43] „Demokratie als Lebensform", folgt, wenn er vielleicht sogar eine Folge davon ist, dann sind Frauenbewegung und feministische politische Theorie gemeinsam auf einem guten Weg.

Anmerkungen

1 Nach Rosemarie Nave-Herz: *Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland*, Bonn 1997, S. 29. Siehe auch Ursula Nienhaus: „‚Frauen, erhebt Euch‘. Vom Aktionsrat zur Befreiung der Frauen bis zur ‚Sommeruniversität der Frauen‘ – Frauenbewegung in Berlin“, in: Christine Färber (Hrsg.): *Selbstbewußt und frei: 50 Jahre Frauen an der Freien Universität* Berlin, Königstein im Taunus 1998.

2 Andrea Ebbecke-Nohlen und Dieter Nohlen: „Feministische Ansätze“, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*, Bd. 2: Methoden, München 1994, S.135. Vgl. auch Eva Kreisky, „Geschlechtliche Fundierung von Politik und Staat“, in: Doris Janshen (Hrsg.): *Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung*, Frankfurt/M. 2000, S. 169: „Staat und Politik gelten gemeinhin als geschlechtsneutrales Territorium, und sie werden – insbesondere in der Politikwissenschaft – auch im Sinne dieser Fiktion fortgeschrieben. Alle Sicht- und Verfahrensweisen bleiben an einem entgeschlechtlichten Navigationssystem ausgerichtet, denn jede Geschlechterperspektive würde auch nur männliche Dominanzverhältnisse, weibliche Marginalisierungen und in Institutionen wie Verfahren ‚abgelagerte‘, sedimentierte Männlichkeiten zutage fördern. In diesem Sinne wurde Geschlechtsneutralität zu einem Überlebensparadigma maskuliner Hegemonie in der Politikwissenschaft.“

3 Zu ‚Partizipation‘ vgl. Beate Hoecker: *Politische Partizipation von Frauen*, Opladen 1995 und Beate Hoecker (Hrsg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen 1998. Zu ‚Gleichheit‘ vgl. Sieglinde Rosenberger: *Geschlechter – Gleichheiten – Differenzen. Eine Denk- und Politikbeziehung*, Wien 1996 und Andrea Maihofer: *Geschlecht als Existenzweise*, Frankfurt/M. 1995. Zur ‚Vertragstheorie‘ vgl. Birgit Seemann: *Feministische Staatstheorie*, Opladen 1996. Zur „Demokratietheorie“ vgl. Barbara Holland-Cunz: *Feministische Demokratietheorie*, 1998 und Gabriele Abels und Stefanie Sifft: *Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform*, Frankfurt/M./New York 1999. Zur Verbindung sozialer und politischer Ungleichheit vgl. Reinhard Kreckel: *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*, Frankfurt/M.1997 und Karin Gottschall: *Soziale Ungleichheit und Geschlecht*, Opladen 2000. Zu ‚Macht‘ vgl. Virginia Penrose und Clarissa Rudolph (Hrsg.): *Zwischen Machtkritik und Machtgewinn*, Frankfurt/M./New York 1996.

4 Luce Irigaray: *Speculum. Spiegel des anderen Geschlechts*, 6. Aufl., Frankfurt/M. 1996 (1974). Carol Gilligan: *Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau*, München 1996. Judith Butler: *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt/M. 1991. Seyla Benhabib: *Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungs-*

feld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne, Frankfurt/M. 1995. Anne Phillips: *Geschlecht und Demokratie*, Hamburg 1995.

5 Die Frau kann sich nur beweisen als „Überbleibsel oder Ausfälle eines Spiegels, der vom (männlichen) ‚Subjekt' besetzt wird, um sich darin zu spiegeln, sich selbst zu verdoppeln". Luce Irigaray: *Das Geschlecht, das nicht eins ist*, Berlin 1979, S. 29, und S. 31: „[...] keine einzige politische Theorie, geschweige denn Praxis, hat bis zum heutigen Tage dieses historische Problem gelöst, noch ausreichend in Rechnung gestellt [...]".

6 Zusammenfassend Andrea Maihofer: „Gleichheit und/oder Differenz? Zum Verlauf einer Debatte", in: Eva Kreisky und Birgit Sauer (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. (Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift 28/97*) Opladen 1997, 155-176.

7 Zusammenfassend Birgit Seemann: *Feministische Staatstheorie*, Opladen 1997.

8 Maßgeblich und in verschiedenen Publikationen Susanne Schunter-Kleemann: *Wohlfahrtsstaat und Patriarchat: soziale Risiken von Frauen im sich wandelnden Europa*, Herzogenrath 1992.

9 Ute Molitor und Viola Neu: „Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland." *Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/99*, S. 252-267.

10 Birgit Geissler und Mechthild Oechsle: *Lebensplanung junger Frauen*, Weinheim 1996.

11 Brigitte Geißel: „Innovative Potenziale von Politikerinnen", in: *Aus Parlament und Zeitgeschichte B 31-32/2000*, S. 24-29.

12 Grundlegend: Beate Hoecker: *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen 1998. Zum gängigen Bild der politisch uninteressierten Frau vgl. Statistisches Bundesamt: *Datenreport 1999*, München-Landsberg 2000 und Deutsche Shell-Aktiengesellschaft (Hrsg): *Jugend 2000*, Hamburg 2000. Zum männerbündischen Frauenausschluss aus der Öffentlichkeit vgl. Christine Morgenroth: *Die engagierte Frau*, Münster 1996.

13 Zur Konstruktion von Geschlecht vgl. Gildemeister, Regine und Angelika Wetterer: „Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung", in: Gudrun-Axeli Knapp und Angelika Wetterer (Hrsg.): *Traditionen - Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie*, Freiburg i. Br. 1992, S. 201-254. (aus Sicht der Sozialpolitik/des Wohlfahrtsstaates) vgl. Nancy Fraser: *Widerspenstige Praktiken: Macht, Diskurs, Geschlecht*, (Orig.: *Unruly practices*, 1989), Frankfurt/M. 1994.

14 Ute Molitor und Viola Neu: „Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer", in *Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/99*, S. 252-267.

15 Am kommunalen Bereich sind Frauen eher interessiert, was aber auch auf andere Politikstile zurückgeführt werden kann. Vgl. Monika Hünert: „Macht- und Politikverständnis von

Frauen und Männern in der Kommunalpolitik“, in: Virginia Penrose und Clarissa Rudolph (Hrsg.): *Macht und Machtkritik*, Frankfurt/M. 1996, S. 91-107.

16 „Wenn die Demokratie (von ihren Definierern) falsch definiert wird, so laufen wir alle auf die Dauer Gefahr, etwas abzulehnen, was wir nicht richtig identifiziert haben, und dafür etwas zu bekommen. was wir bestimmt nicht haben wollten.“ Giovanni Sartori: *Demokratietheorie*, Darmstadt 1992, S. 22.

17 Vgl. Theo Stammen, Gisela Riescher, Wilhelm Hofmann: *Hauptwerke der politischen Theorie*, Stuttgart 1997.

18 Max Weber: *Soziologische Grundbegriffe*, Tübingen 1984, S. 89.

19 Hannah Arendt: *Vita activa oder vom tätigen Leben*, München/Zürich 1981, S. 252.

20 Vgl. Beate Rössler, „Feministische Theorien der Politik“, in: Klaus von Beyme und Klaus Offe: *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. (Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift 26/1996*), S. 276.

21 Ebd.

22 Andrea Maihofer: „Gleichheit und/oder Differenz? Zum Verlauf einer Debatte“, in: Eva Kreisky und Birgit Sauer (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*. (Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift 28/97*) Opladen 1997, S. 155-176.

23 Erfreulicherweise, weil damit auch Anschlusspunkte für die noch junge, aber m.E. vielversprechende Männerforschung bestehen.

24 Vgl. Seyla Benhabib und Linda Nicholson: „Politische Philosophie und Frauenfrage“, in: Iring Fetscher und Herfried Münkler (Hrsg.): *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, Band 5: *Neuzeit: vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen*, München 1987, S. 524: „Aristoteles’ Politikverständnis hat [jedoch] für Frauen ironische Implikationen. Das öffentliche politische Leben und die Praxis definieren den Menschen als Menschen; die Frauen sind jedoch zusammen mit den Sklaven und den Metöken (Beisassen), die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Sie sind damit weniger als Menschen.“

25 Aristoteles, *Politik*, übers. von Olof Gigon, München 1971, S. 65 (1529b, 12).

26 Der Begriff wird dem Gründer der deutschen Sozialdemokratie, F. Lassalle zugeschrieben, der damit die eng begrenzte Staatstätigkeit im Frühkapitalismus ironisierte, (vor allem Schutz von innerer und äußerer Sicherheit und Eigentum).

27 August Bebel: *Die Frau und der Sozialismus* (1879), Berlin/Bonn 1996, S. 505.

28 Zu den Wahlrechtsdiskursen vor allem Wilhelm Hoffmann und Gisela Riescher: *Einführung in die Parlamentarismustheorie*, Darmstadt 1999, S. 68-72.

29 Michael Walzer: „Liberalismus und die Kunst der Trennung“, in: Ders.: *Liberalismus und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992, S. 38-63.

30 Anne Philipps, *Geschlecht und Demokratie*, Hamburg 1995, S. 153f.

31 Carole Pateman: *The Disorder of Women*, Cambridge 1989, (zit. n. Rössler 1995, S. 276)

32 Jean Cohen: „Das Öffentliche und das Private neu denken", in: Margit Brückner und Birgit Meyer (Hrsg.): *Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume*. Freiburg 1994, S. 300-326.

33 Ebd., S. 326f.

34 Phillips 1995, S. 192.

35 Vgl. Beate Hoecker, 1998.

36 Iris Marion Young: „Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des Staatsbürgerstatus", in: Herta Nagl-Docekal und Herlinde Pauer-Studer (Hrsg.): *Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik*, Frankfurt/M. 1993, S. 267-304.

37 Seyla Benhabib: „Für Feministinnen. Mit Arendt gegen Arendt denken", in: *DU. Die Zeitschrift für Kultur Oktober 2000*, S. 40-43.

38 Ebd.

39 Barbara Holland-Cunz: *Feministische Demokratietheorie*, Opladen 1998.

40 Michael Walzer: *Die Zivile Gesellschaft und die amerikanische Demokratie*, Hamburg 1992, vgl. auch Charles Taylor: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt/M.1993, S.117-148. Vgl. Cornelia Klinger: „Zwischen allen Stühlen", in: Erna Appelt und Gerda Neyer (Hrsg.): *Feministische Politikwissenschaft*, Wien 1994. Cornelia Klinger sieht den Feminismus zwischen den Stühlen des Liberalismus, des Sozialismus und des Kommunitarismus. Obgleich sie die Nähe des Feminismus zum Kommunitarismus feststellt, kritisiert sie doch die Familienblindheit jeder (männlichen) politischen Theorie bzw. die Idealisierung der Familie.

41 Michael Walzer: *Die Zivile Gesellschaft und die amerikanische Demokratie*, Hamburg 1992, S. 78f..

42 Vgl. Gisela Riescher: „Die Praxis politischer Freiheit. Individualismus und Gemeinsinn bei Alexis de Tocqueville und den amerikanischen Kommunitaristen", in: Dirk Berg-Schlosser, Gisela Riescher und Arno Waschkuhn (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Spiegelungen*, Opladen 1998, S. 84-95.

43 Barbara Holland-Cunz: *Feministische Demokratietheorie*, Opladen 1998.

Literatur

Abels, Gabriele und Stefanie Sifft (Hrsg.): *Demokratie als Projekt: feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform*, Frankfurt, (Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“, Bd. 12) 1999.

Arendt, Hannah: *Vita activa oder vom tätigen Leben*, München 1981 (1958).

Aristoteles: *Politik,* übersetzt von Olof Gigon, München 1971.

Augustinus, Aurelius: *De civitate dei*, Paderborn 1971.

Babeuf, François Noël: *Die Verschwörung für die Gleichheit : Rede über die Legitimität des Widerstands*, Hamburg 1988.

Bebel, August: *Die Frau und der Sozialismus* (1879) Berlin/Bonn 1980.

Benhabib, Seyla: *Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit: Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt/M. 1999.

Benhabib, Seyla und Linda Nicholson: „Politische Philosophie und Frauenfrage“, in: Fetscher, Iring/Herfried Münkler (Hrsg.): *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, Band 5: Neuzeit: vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen, München 1987.

Butler, Judith: *Das Unbehagen der Geschlechter*, (Orig.: *Gender Trouble*, 1990), Frankfurt/M. 1991.

Cohen, Jean: „Das Öffentliche und das Private neu denken“, in: Margit Brückner und Birgit Meyer (Hrsg.): *Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume*, Freiburg 1994, S. 300-326.

Diderot, Denis: *Enzyklopädie: philosophische und politische Texte aus der „Encyclopédie“ sowie Prospekt und Ankündigung der letzten Bände*, München 1969.

Ebbecke-Nohlen, Andrea und Dieter Nohlen: „Feministische Ansätze“, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*, *Bd. 2: Methoden*, München 1994.

Fraser, Nancy: *Widerspenstige Praktiken: Macht, Diskurs, Geschlecht*, (orig.: *Unruly practices*, 1989), Frankfurt/M. 1994.

Geißel, Brigitte: „Innovative Potenziale von Politikerinnen. Mehrfachorientierung auf Politik, Beruf und Privatleben“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 31-32/2000, S. 24-29.

Geissler, Birgit und Mechthild Oechsle: *Lebensplanung junger Frauen: zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe*, Weinheim 1996.

Gildemeister, Regine und Angelika Wetterer: „Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion von Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung“, in: Gudrun-Axeli Knapp und Angelika Wetterer (Hrsg.): *Traditionen-Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie*, Freiburg i. Br. 1992, S. 201-254.

Gilligan, Carol: *Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau*, (orig.: *In a different voice: psycho-*

logical theory and women's development, 1982), München 1996.

Gottschall, Karin: *Soziale Ungleichheit und Geschlecht. Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs*, Opladen 2000.

Hoecker, Beate (Hrsg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen 1998.

Hofmann, Wilhelm, Gisela Riescher und Theo Stammen: *Hauptwerke der politischen Theorie*, Stuttgart, 1997.

Holland-Cunz, Barbara: *Feministische Demokratietheorie: Thesen zu einem Projekt*, Opladen 1998.

Irigaray, Luce: *Das Geschlecht, das nicht eins ist*, Berlin 1979.

Irigaray, Luce: *Speculum: Spiegel des anderen Geschlechts*, 6. Aufl., (orig.: *Speculum de l'autre femme*, 1974), Frankfurt/M. 1996.

Klinger, Cornelia: „Zwischen allen Stühlen", in: Erna Appelt/Gerda Neyer (Hrsg.): *Feministische Politikwissenschaft*, Wien 1994.

Kreisky, Eva: „Geschlechtliche Fundierung von Politik und Staat", in: Doris Janshen (Hrsg.): *Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung.* Frankfurt/M. 2000, S. 167-192.

Kreckel, Reinhard: *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*, *Theorie und Gesellschaft*, Bd. 25, Frankfurt/M., 1997.

Locke John: *Zwei Abhandlungen über die Regierung,* Hrsg. V. Walter Euchner, Frankfurt/M. 1977.

Maihofer, Andrea: „Gleichheit und/oder Differenz? Zum Verlauf einer Debatte", in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*, PVS-Sonderheft 28/97 Opladen 1997, S. 155-176.

Maihofer, Andrea: *Geschlecht als Existenzweise: Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz*, Frankfurt/M. 1995.

Marsilius v. Padua: *Defensor Pacis,* Darmstadt 1958.

Molitor, Ute und Viola Neu: „Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998: Kaum anders als das der Männer", in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2/99, S. 252-267.

Montesquieu: *Vom Geist der Gesetze* (1748), Stuttgart 1994.

Morgenroth, Christine: *Die engagierte Frau: Frauen und Interessenorganisationen*, Münster 1996.

Nave-Herz, Rosemarie: *Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland*, Bonn 1997.

Nikolaus von Kues: „De concordantia catholica", in: *Opera Omnia,* Hamburg 1963, Band 14.

Nienhaus, Ursula: „'Frauen, erhebt Euch'. Vom Aktionsrat zur Befreiung der Frauen bis zur Sommeruniversität der Frauen – Frauenbewegung in Berlin", in: Christine Färber (Hrsg.): *Selbstbewusst und frei: 50 Jahre Frauen an der Freien Universität Berlin,* Königstein, Taunus 1998.

Penrose, Virginia und Rudolph, Clarissa (Hrsg.): *Zwischen Machtkritik und Machtgewinn: feministische*

Konzepte und politische Realität, Reihe „Politik der Geschlechterverhältnisse“, Bd. 7, Frankfurt/M., New York, 1996.

Phillips, Anne: *Geschlecht und Demokratie*, (orig.: *Engendering Democracy*, 1991), Hamburg 1995.

Riescher, Gisela: „Die Praxis politischer Freiheit. Individualismus und Gemeinsinn bei Alexis de Tocqueville und den amerikanischen Kommunitaristen“, in: Dirk Berg-Schlosser, Gisela Riescher und ArnoWaschkuhn (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Spiegelungen*, Opladen 1998, S. 84-95.

Rössler, Beate: „Feministische Theorien der Politik“, in: Klaus von Beyme und Claus Offe: *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, PVS-Sonderheft 26/1996.

Rosenberger, Sieglinde: *Geschlechter, Gleichheiten, Differenzen: eine Denk- und Politikbeziehung*, Wien 1996.

Schunter-Kleemann, Susanne: *Wohlfahrtsstaat und Patriarchat: soziale Risiken von Frauen im sich wandelnden Europa*, Herzogenrath 1992.

Seemann, Birgit: *Feministische Staatstheorie: der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung*, Opladen 1996.

Sartori, Giovanni: *Demokratietheorie*, Darmstadt 1992.

Taylor, Charles: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung,* Frankfurt/M. 1993.

Thomas v. Aquin: „De regimine principum ad regem Cypri“, in: *Opera Omnia,* Stuttgart 1990.

Walzer, Michael: *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*, Frankfurt/M., 1998.

Weber, Max: *Soziologische Grundbegriffe,* Tübingen 1984.

Young, Iris Marion: „Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des Staatsbürgerstatus“, in: Herta Nagl-Docekal und Herlinde Pauer-Studer (Hrsg.): *Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik*, Frankfurt/M. 1993.